

Der zweite Lungenflügel?

Orthodoxie und Friedensethik in Russlands Krieg

Regina Elsner

1980 prägte der damalige Papst Johannes Paul II. den Ausdruck vom europäischen Christentum, das mit »beiden Lungenflügeln« atmen müsse – dem westlichen und dem östlichen. Er sagte dies mit Blick auf Osteuropa, wo es zu diesem Zeitpunkt erste Anzeichen einer Öffnung der Gesellschaft gab, und dessen Zugehörigkeit zu Europa durch die Würdigung der Heiligen Kyrill und Method als »Patrone Europas« der Papst unterstreichen wollte.¹ Seit diesem Ereignis haben die Beziehungen zwischen den West- und den Ostkirchen einige Höhen und Tiefen erlebt. In den 1990er-Jahren herrschte zunächst eine gewisse Euphorie über die neuen Möglichkeiten, auf europäischer Ebene auch kirchlich zusammenzuwachsen. Als der in ökumenischen Kreisen gut bekannte Metropolit der Russischen Orthodoxen Kirche, Kirill (Gundjaev), im Februar 2009 zum Patriarchen gewählt wurde, erhoffte man sich ein weiteres Aufeinander-Zugehen und eine Stärkung des gemeinsamen christlichen Zeugnisses in einer zunehmend säkularen Umwelt.

Einige Warnzeichen, dass dieser Weg steinig sein würde, hatten die westlichen Kirchen verdrängt, so die Territorialkonflikte mit der römisch-katholischen Kirche in den frühen 2000er-Jahren² oder die einseitigen Kontaktabbrüche mit evangelischen Kirchen aufgrund der Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen und Frauen in ordinierten Ämtern. Russlands Krieg gegen die Ukraine hätte seit 2014 sehr deutlich machen können, dass man sich kirchlich ernsthaft mit Fragen von Friedensethik und gewaltloser Konflikttransfor-

1 Siehe auf der Website von *Renovabis. Das Osteuropa-Hilfswerk der Katholischen Kirche in Deutschland*: Auf beiden Lungenflügeln atmen, <https://www.renovabis.de/news/auf-beiden-lungenfluegeln-atmen>

2 Vgl. die Dokumentation bei *Ost-West. Europäische Perspektiven* (OWEP) in den Ausgaben 2002, Heft 3 und Heft 4, z.B. in Heft 4: Metropolit Filaret: Eine orthodoxe Stimme.

mation im orthodoxen Osteuropa beschäftigen müsse und dass die Fragen von Territorium und konservativer Werteagenda dabei eine bedeutende Rolle spielen müssten. Beides ist kaum geschehen. In der westlichen kirchlichen Friedensethik schien es, dass man den zweiten Lungenflügel wegen Dysfunktionalität lieber ignorierte. Das führte spätestens im Februar 2022 zu einer friedensethischen Verunsicherung, als man sich mit einer Kirche konfrontiert sah, die offen einen aggressiven und äußerst brutalen Angriffskrieg gegen ein souveränes Nachbarland legitimierte und zunehmend unterstützte.

Im folgenden Beitrag werden die Entwicklungen der russischen Orthodoxie in Bezug auf den Krieg und die Ukraine seit dem Ende der Sowjetunion dargestellt. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der verschärften Politisierung der Orthodoxie in Russland und in der Ukraine, da dieser Aspekt in den kirchlichen Diskursen bisher oft zu wenig Aufmerksamkeit erhalten hat – auch, weil die Politik als etwas Fremdes und Externes für die kirchlichen Zusammenhänge angesehen wurde. Das Verständnis für die enge Verknüpfung von Politik und Religion ist in diesem Fall jedoch entscheidend, um auch kirchlich besser einschätzen zu können, welche Rolle der »zweite Lungenflügel« für unser friedensethisches Nachdenken spielen muss.

Orthodoxie, Staat und Kirche

Die Orthodoxe Kirche ist mit ca. 300 Millionen Gläubigen die zweitgrößte christliche Konfession weltweit, und ist mit 16 unabhängigen (autokephalen) lokalen Kirchen weltweit vertreten. Länder mit historischen Orthodoxen Mehrheitskirchen sind neben Griechenland besonders Serbien, Bulgarien, Rumänien und Moldau in Südost- bzw. Mitteleuropa und Georgien, die Ukraine, Belarus und die Russische Föderation in Osteuropa. Die Kirchen verbindet eine gemeinsame Glaubenslehre, die mit den Entscheidungen der Ökumenischen Konzilien im neunten Jahrhundert als abgeschlossen gilt, und eine gemeinsame Vorstellung von der Liturgie. Unterschiede liegen vor allem in praktischen Fragen wie dem liturgischen Kalender, der Liturgiesprache sowie diversen sozialetischen Themen, die sich sehr stark an den jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten orientieren.

Das Orthodoxe Christentum ist besonders in seinen Ideen zum Umgang mit der Welt von der byzantinischen Theologie der frühen Jahrhunderte geprägt. Das komplementäre Verhältnis von weltlicher und kirchlicher Macht, das in dem von Kaiser Justinian geprägten Begriff der »symphonia« zum Aus-

druck kommt, hat sich in allen Orthodoxen Kirchen in der einen oder anderen Weise verfestigt.³ Im Kern lässt sich sagen, dass in dieser Vorstellung Kirche und Staat nicht sinnvoll ohne einander gedacht werden können, da ein Staatswesen ohne Bezüge zum Christentum als säkular dem Untergang geweiht wäre und eine Kirche ohne Bezug zum Staat ihre Mission zur Verwandlung der Welt verfehlen würde.⁴ Diese Vorstellung erschien in der vormoderne Zeit seit der Konstantinischen Wende (ab 313) als selbstverständlich, und eine Trennung von Staat und Religion nach heutiger Konzeption war grundsätzlich nicht denkbar. Bestimmte Elemente dieser Ideen verfestigten sich in der Orthodoxen Theologie und wurden auch in die moderne Zeit übertragen.

Damit ergaben sich jedoch angesichts neuer Staats- und Gesellschaftsformen Probleme.

Die Überzeugung von der »Symphonie« von Kirche und Staat impliziert eine Bezogenheit der Kirche auf die weltliche Herrschaft, die jedoch in einer rechtsstaatlich verfassten Demokratie durch Wahlen recht häufig wechseln kann – und mit ihr die politischen wie gesellschaftlichen Ansichten. Zum anderen können auch sehr widersprüchliche Positionen in Bezug auf die Kirche oder die Religion insgesamt Bestandteil von Herrschaftssystemen werden – bis hin zu staatlichem Atheismus und einer Kirchenverfolgung wie im 20. Jahrhundert unter den Bolschewisten und Josef Stalin. In der Vorstellungswelt der »Symphonie« hat die Kirche dann nur einen sehr kleinen Spielraum, um sich vom Staat zu distanzieren oder ihn für bestimmte Positionen zu kritisieren. Eine herrschaftskritische Haltung der Kirche ist in diesem Modell mehr oder minder ausgeschlossen bzw. realisiert sich nur in einem direkten Beziehungsgefüge von Staat und Kirche. Somit ist die Kirche nie solidarisch mit gegen den Staat protestierenden Menschen. Die »Symphonie« impliziert außerdem eine ständige Versuchung, die staatliche Macht für kirchliche Ziele zu gebrauchen bzw. zu missbrauchen – und umgekehrt. Ebenfalls als eine Konsequenz aus dem symphonischen Denken muss die Bindung der Orthodoxie an nationale Grenzen bzw. ihr ausgesprochen territoriales Selbstbewusstsein angesehen werden. Wenn die Kirche sich auf ein politisches Herrschaftssystem bezieht, so bedeutet das in der Zeit von Nationalstaaten eine enge Bezugnahme auf nationale Herrscher bzw. politische Eliten, die im Extremfall in einen religiösen Nationalismus eskaliert. Schließlich ist in der engen Bezogenheit von Staat und Kirche nur wenig Platz für die Idee einer

3 Leppin, Die Anfänge der Rede.

4 Skedros, »You Cannot Have a Church Without an Empire«.

autonomen (Zivil-)Gesellschaft. Als Gegenüber für das Verhandeln von strukturellen Veränderungen oder von Fragen des Gemeinwohls nimmt die Kirche häufig nur den Staat wahr, nicht aber die gesellschaftlichen Diskurse und Selbstregulierungsmechanismen. Sozialethisches Denken ist so kaum in der Theologie anzutreffen, und die neuere »politische Theologie« im orthodoxen Bereich bleibt der bilateralen Beziehung von Staat und Kirche verpflichtet.⁵

Diese Probleme der modernen Rezeption byzantinischer Gedanken wurden von Aristotle Papanikolaou und Georges Demacopoulos als »Schatten Konstantins«⁶ beschrieben, da sie ein wenig reflektiertes, aber sehr wirkmächtiges Erbe der Konstantinischen Wende im frühen Christentum darstellen. Damit gilt dieser »Schatten« für alle Orthodoxen Kirchen, egal unter welchen gesellschaftlichen oder politischen Bedingungen sie sich befinden. Allerdings sind die Gefahren, im byzantinischen Staat-Kirche-Paradigma zu verharren, in Gesellschaften mit einer orthodoxen, autokephalen Mehrheitskirche größer als in Kirchen, die sich in einem mehrheitlich säkularen und religionspluralen Diasporakontext befinden. Im letzteren Fall sind die Kirchen – sowohl die Gläubigen als auch die Institution an sich – mit den Anfragen einer vielfältigen Zivilgesellschaft und der akademischen Wissenschaft konfrontiert, während der Staat die Kirchen als einen zivilgesellschaftlichen Akteur unter vielen betrachtet und ihnen keine Privilegien beim Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen verleiht. Viele theologische Stimmen, die den traditionellen Umgang der Orthodoxie mit Politik und Staaten kritisch evaluieren, kommen darum aus eben diesem eher säkularen und demokratischen bzw. multireligiösen Umfeld, also etwa aus Nordamerika oder Westeuropa bzw. den EU-Ländern.

Für Osteuropa hat die Verstrickung zwischen Staat und Kirche einen besonderen Weg genommen.⁷ Wie in vielen traditionellen orthodoxen Ländern gilt die Christianisierung der Region nicht nur als Begründung der christlich-byzantinischen Prägung, sondern auch als staatsbegründend. Die »Taufe der Rus« im Jahr 988 n. Chr. durch griechische Missionare am Dnjepr gilt als Ursprung der Konsolidierung der Kyjiwer Rus und das Christentum damit als Einheitsgarant der Völker der Rus. Diese Vorstellung hat über Jahrhunderte

5 Vgl. Elsner, *Searching for Social Ethics*.

6 Demacopoulos/Papanikolaou, *Christianity, Democracy and the Shadow of Constantine*.

7 Für einen Überblick über die Geschichte von Staat und Kirche in Russland siehe: Bremer, *Kreuz und Kreml*.

die Region der heutigen Staaten Ukraine, Belarus und der Russischen Föderation geprägt. Auch Loslösungsprozesse von einzelnen Regionen hatten in der Geschichte oft konfessionelle Dimensionen. Besonders bedeutsam ist in dieser Hinsicht etwa die *Union von Brest*, in deren Zuge Teile der russischen Orthodoxie in Polen-Litauen die Einheit mit Rom eingingen, um sich religiös mit den neuen politischen Umständen zu arrangieren. Solche Prozesse festigten die Überzeugung, dass die Einheit – und damit der Frieden – der russischen Staatlichkeit nur durch die Einheit des Orthodoxen Glaubens gesichert sei, ebenso wie die Orthodoxe Kirche nur durch die Schutzmacht des russischen Herrschers den wahren Glauben gegen Anfechtungen von außen würde bewahren können.

Mit dem Fall von Byzanz 1453 hatte Russland außerdem sein Selbstbewusstsein als letztes christliches Reich entwickelt. Dies verstärkte das gemeinsame Sendungsbewusstsein von Herrschern und Kirche sowie auch eine imperiale Selbstwahrnehmung, die durch die Einführung des Zarentums später ihre politische Manifestation fand. Eine wirkliche Infragestellung dieser Selbstwahrnehmung trat darum folgerichtig mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts auf: mit den Revolutionen gegen die Monarchie sowie gegen deren Verbindung mit der zu diesem Zeitpunkt weit von der Gesellschaft entfernten Orthodoxen Kirche. Der Zeitpunkt, an dem sich die Russische Orthodoxe Kirche in ihrer Geschichte am weitesten von ihrer Bezogenheit auf den Staat distanziert hatte und am stärksten mit der Gesellschaft in einen Dialog eintrat, war die Zeit zwischen 1905 und 1917. Das Landeskonzil von 1917/18 hatte sogar ansatzweise demokratisierende Stimmen aufgenommen und man formulierte eine grundsätzliche Neutralität zu Staatsformen jenseits der Monarchie. Allerdings sorgte die Revolution 1917 für einen radikalen Abbruch dieser Bewegungen. Die beginnenden Repressionen gegen jede Religion und vor allem gegen die Orthodoxe Kirche resultierten paradoxerweise in einer neuen Bezogenheit auf den nun feindlichen Staat – in der Hoffnung, mit dieser Positionierung der Kirche als notwendiger Gesprächspartnerin für die Herrscher könne das Land und die Kirche vor der Katastrophe bewahrt werden. Der Patriotismus als bedingungslose Unterstützung der Interessen des Vaterlands konnte so an die byzantinischen Vorstellungen der Bewahrung des Imperiums durch den einigenden Glauben anschließen, obwohl sich die Staatsvertreter selbst von diesem Glauben lossagten.

Es ist darum in dieser Hinsicht auch folgerichtig, dass die Kirchenleitung dem Staat, der ihre Vernichtung betrieb, umgehend die Loyalität erklärte, als es um die Existenz des Vaterlands im Zweiten Weltkrieg ging. 1943 kam

es zu dem historischen Treffen von Josef Stalin mit der Kirchenleitung der Russischen Orthodoxen Kirche, bei dem der Kirche Zugeständnisse für ihre Selbstorganisation (Wahl eines Patriarchen, erlaubte Publikationen und Gottesdienste) gemacht wurden und sie im Gegenzug der sowjetischen Führung ihre Unterstützung im Krieg zusagte. Die Kooperationsvereinbarung zwischen Kirchenleitung und Josef Stalin 1943 kann als Geburtsstunde der gegenwärtigen Verflechtung von Russischer Orthodoxer Kirche und russischem Staat angesehen werden.⁸ Die Kirchenleitung wurde Teil der innen- und außenpolitischen Strategie der politischen Führung. Sie beteiligte sich an einer gewaltsamen Homogenisierung der Gesellschaft in religiöser und zivilgesellschaftlicher Hinsicht, etwa bei der Zwangseingliederung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche 1946, da dies auch dem traditionellen Konzept des einigen russischen Volkes entsprach. Sie marginalisierte und unterdrückte Andersdenkende in den eigenen Reihen, da diese auch die Einheit und damit den Frieden stören würden. Ähnlich wie in der sowjetischen Ideologie der Multikulturalität, die Vielfalt zugunsten eines russischen Chauvinismus folklorisierte, wurde die religiöse Vielfalt auf dem Gebiet der Sowjetunion vereinheitlicht und gleichzeitig die Unterdrückungserfahrung der Menschen unsichtbar gemacht. Dies spielte besonders auch da eine Rolle, wo die Russische Orthodoxe Kirche in ökumenischen und internationalen Dialogen im Kalten Krieg zum Frieden Stellung nahm. Dieser wurde deklarativ an Diskriminierungsfreiheit, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit gebunden, gleichzeitig aber wurde die Einheit zivilisatorischer Räume, die sich auch im Blockdenken widerspiegelte, und die gegenseitige Nichteinmischung von unterschiedlichen (Werte-)Systemen als essentiell für einen dauerhaften Frieden bewertet.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion sorgte in dieser Hinsicht für eine schwere Erschütterung, obwohl er gleichzeitig Religionsfreiheit und eine Erlösung für die marginalisierten Teile der Bevölkerung bedeutete. Das Einheitsnarrativ, das Kirche und Staat, aber auch großen Teilen der Gesellschaft Sicherheit geboten hatte, wurde durch das Auseinanderfallen der Union und die neue weltanschauliche Vielfalt im Land selbst in Frage gestellt. Im Unterschied zur politischen Logik unabhängiger Staaten hatte die Orthodoxie die Möglichkeit, durch geistliche Gemeinschaft Verbindungen aufrechtzuerhalten und damit den Raum des früheren Imperiums weiterhin als gemeinschaftlichen Raum zu manifestieren. Gerade für die Russische

8 Kalkandijeva, *The Russian Orthodox Church*.

Föderation war die Frage nach der eigenen Identität eine Herausforderung. Denn während alle neuen selbständigen Staaten den Bezug zu ihrer eigenen nationalen Geschichtsschreibung wieder aufnehmen konnten, hatte die Russische Föderation nur die Geschichte als Imperium. Die Bedeutung der Orthodoxie, die an dieser Stelle die Erzählung einer russischen Zivilisation fortsetzen konnte, ist hier kaum zu unterschätzen und begründet auch teilweise die religiöse Wiedergeburt in der russischen Gesellschaft.

Die Länder, die aus dem früheren Imperium und der späteren Sowjetunion hervorgingen, entwickelten sich in dieser Frage nach der eigenen Identität sehr unterschiedlich, und entsprechend unterschiedliche, teilweise gegensätzliche Wege nahmen die Entwicklungen von Rechtssystemen und Zivilgesellschaft sowie der Rolle der Religionen. Am Beginn des 21. Jahrhunderts zeigte sich dabei vor allem auch die Bedeutung des kritischen Umgangs mit der eigenen Vergangenheit für eine neue Verhältnisbestimmung von Kirche und Staat. In der Russischen Föderation und der Russischen Orthodoxen Kirche fehlt eine solche Aufarbeitung vollständig. Ganz im Gegenteil wurde das Gedenken an die Zeit des Großen Terrors, der die Kirche fast vollständig vernichtet hatte, dem Paradigma des Sieges im Zweiten Weltkrieg geopfert, der quasi als Wiedergutmachung der historischen Fehler Stalins verstanden wird. Die Unterdrückung nach dem Zweiten Weltkrieg wird in dieser Lesart fast vollständig ausgeblendet. Diese Blindheit gegenüber den Opfern der jüngsten Geschichte bedingt dann wiederum eine Blindheit gegenüber den Opfern des Regimes in der Gegenwart. Diese werden, ähnlich wie in der Sowjetunion, eher als Störfaktoren der Einheit des Volkes gesehen und, entsprechend dieser Logik, als »ausländische Agenten« oder »unerwünschte Akteure«, also als fremd und gefährdend charakterisiert.

Die Zusammenarbeit von Staat und Kirchenleitung im 21. Jahrhundert in Russland kann also als Ergebnis einer jahrhundertelangen Verfestigung und Anpassung des byzantinischen Ideals der »Symphonie« interpretiert werden, die selbst in dieser Form nie existiert hat. Im Mittelpunkt dieser Zusammenarbeit steht die Vorstellung einer einheitlichen, orthodoxen Gesellschaft, die durch Staat und Kirche gelenkt wird, um die Ordnung und den Frieden der russischen Zivilisation nicht zu gefährden. Anfragen an dieses Modell werden als externe Gefährdung markiert und ausgeschlossen, zunächst im innenpolitischen Bereich durch repressive Gesetze und eine gezielte Unterdrückung der Zivilgesellschaft. Die größte Herausforderung für dieses Modell stellen letztendlich souveräne Staaten innerhalb des imaginierten zivilisatorischen Raumes dar, die ihren Gesellschaften eine Entwicklung erlauben, die nicht in

Übereinstimmung mit der russisch-orthodoxen Vorstellung steht. Politisch ist dies ein außenpolitischer Konflikt, kirchlich-zivilisatorisch jedoch eher eine »innere« Angelegenheit. Diese geopolitische Spannung eskalierte schließlich im Fall der Ukraine.

30 Jahre politisierte Kirchenfrage in der Ukraine

Durch die historische Prägung seit der Christianisierung der Rus' ist die Orthodoxie in den heutigen Ländern Ukraine, Belarus und Russische Föderation jene Religionsgemeinschaft, mit der sich die große Mehrheit der Bevölkerung identifiziert. In der orthodoxen Kirchenfamilie erhebt die Russische Orthodoxe Kirche den Anspruch, mit ca. 150 Millionen Gläubigen die weitaus größte Kirche zu sein. Die Kirche zählt neben der Russischen Föderation auch die Ukraine, Belarus, Moldau und Kasachstan zu ihrem »kanonischen Territorium«. Etwa ein Drittel der eigenen Gläubigen leben damit nicht in der Russischen Föderation. Die Vorstellung des gemeinsamen zivilisatorischen Raumes wurde kirchlich, gesellschaftlich und politisch durch das Ende der Sowjetunion und die Entstehung unabhängiger Staaten in Frage gestellt. Grundsätzlich ist die Orthodoxie eine transnationale Religionsgemeinschaft und die Entstehung von nationalen Lokalkirchen hat diese Einheit nie grundsätzlich in Frage gestellt, auch wenn es immer wieder zu Konflikten kam. Nicht zuletzt die starke Politisierung der Kirchenfrage bereits vor dem und während des Bestehens der Sowjetunion begründet, warum in der Ukraine dieser Konflikt schließlich kirchlich und politisch eskalierte.

Der seit 1967 für die ukrainische Orthodoxie zuständige Metropolit von Kyjiw, Filaret (Denysenko), hatte bereits am Ende der 1980er-Jahre in Moskau dafür geworben, die ukrainische Orthodoxie in die Unabhängigkeit zu entlassen.⁹ Wichtiges Argument war für ihn dabei einerseits die Rückkehr der Griechisch-Katholischen Kirche aus dem Untergrund, andererseits die Rückkehr der bereits seit den 1920er-Jahren im Exil existierenden Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK). Beide verzeichneten einen deutlichen Zulauf aus der ukrainischen Gesellschaft. In der Ukrainischen Orthodoxen Kirche sahen hingegen viele eine zu große Abhängigkeit von der russischen Kirche und von deren Verstrickung mit den sowjetischen Geheimdiensten. Durch

9 Vgl. Denysenko, *The Orthodox Church in Ukraine*; der folgende Abschnitt findet sich ausführlicher auch in Elsner, *Autokephalie der ukrainischen Orthodoxie*.

die Konsolidierung einer unabhängigen ukrainischen Orthodoxie wollte Filaret diese Abwanderung der Gläubigen verhindern – darin lässt sich auch eine Wirkung der byzantinischen Vorstellung der stabilisierenden politischen Dimension einer einheitlichen Religion erkennen und damit ein durchaus politisches Motiv. Das Moskauer Patriarchat und auch ein großer Teil der ukrainischen Bischöfe stimmten diesen Bestrebungen jedoch nicht zu, die imperiale Einheitsvorstellung erwies sich als stärker als die nationale.

Mit der Unabhängigkeit der Ukraine erhielt die Autokephalie-Bewegung einen neuen Impuls. In einem Schreiben an das Patriarchat von Moskau baten nun mehrere Bischöfe – unter ihnen auch das seit 2014 amtierende Oberhaupt Metropolit Onufrij (Berezovskij) – um die Autokephalie, die jedoch erneut abgelehnt wurde. Stattdessen wurde die Kirche mit einer »weitgehenden Autonomie« ausgestattet, was die organisatorische (finanzielle und personelle) Unabhängigkeit von Moskau verdeutlichen sollte, ohne jedoch die geistliche Gemeinschaft aufzuheben. Diese große Autonomie sollte auch den abgespaltenen und kritischen Stimmen in der Ukraine deutlich machen, dass es keinen Grund für eine Trennung gebe und die Abhängigkeit von Moskau beendet sei.

Metropolit Filaret und einigen seiner Anhänger ging diese Entscheidung nicht weit genug, und sie lösten sich 1992 als »Kyjiwer Patriarchat« aus dem Moskauer Patriarchat heraus. Ihre Hoffnung, früher oder später die Mehrheit der orthodoxen Gläubigen in der Ukraine in einer einzigen autokephalen Kirche vereinen zu können, wurde jedoch nicht erfüllt. Filaret selbst wurde 1997 durch das Moskauer Patriarchat mit dem »Anathema« (Kirchenbann) belegt, alle von ihm vollzogenen Bischofs- und Priesterweihen waren damit ungültig. Das »Kyjiwer Patriarchat« wurde dennoch zur zweitgrößten Religionsgemeinschaft in der Ukraine. Vielen Gläubigen war die Aufnahme in die kanonische Gemeinschaft der Weltorthodoxie weniger wichtig als die eindeutige ukrainische Identität. Genau in dieser Schwerpunktsetzung spiegelt sich das Problem des »Phyletismus« wider, das in der orthodoxen Gemeinschaft seit vielen Jahrzehnten diskutiert wird. Mit »Phyletismus« wird die Tendenz beschrieben, durch die Verbindung von nationalen und kirchlichen Grenzen in den Nationalkirchen der nationalen Zugehörigkeit größere Bedeutung als der Glaubensgemeinschaft zuzusprechen. Eine Synode in Konstantinopel 1872 hatte diese Form des »religiösen Nationalismus« als Häresie verurteilt. Allerdings setzte sich die Bildung von Nationalkirchen dennoch fort.¹⁰ Die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kyjiwer Patriarchats konnte sich darum nie wieder von

10 Vgl. Hovorun, Ethnophyletism.

dem Vorwurf eines politischen Projekts bzw. eines kirchlichen Nationalismus befreien und blieb innerorthodox und ökumenisch isoliert. Für die ukrainische Gesellschaft und Politik blieb sie jedoch ein wichtiger Stachel in der Frage der ukrainischen orthodoxen Identität.

Russlands Krieg gegen die Ukraine, der bereits 2014 durch die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim und den bewaffneten Konflikt im Osten des Landes begonnen wurde, entfachte eine neue Welle der Politisierung der Kirchenfrage.¹¹ Innerhalb der Ukraine hatten die Orthodoxen Kirchen seit den offenen Konflikten der 1990er-Jahre ein Auskommen miteinander gefunden, man arbeitete gemeinsam mit den Religionsgemeinschaften in der Ukraine im *Ukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen* (URKRO) an Positionierungen zu gesellschaftlichen Fragen und verabschiedete 2017 sogar eine gemeinsame, interreligiöse Friedensstrategie.¹² Diese interreligiöse Plattform ermöglichte es den beiden orthodoxen Kirchen, ohne Fokussierung der kirchenpolitischen Konflikte einen gleichwertigen Rang im gesellschaftlichen Leben zu akzeptieren. Der Krieg sollte dies ändern.

Der im August 2014 als Oberhaupt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche gewählte Metropolit Onufrij (Berezovskij) war für seine monastische und apolitische Haltung bekannt. Beides unterschied ihn stark von seinem Vorgänger Wolodymyr (Sabodan), der für die Gesellschaft und ihre Anliegen große Offenheit zeigte und deutlich für die ukrainische Identität seiner Kirche eintrat. Nachdem das Moskauer Patriarchat den Völkerrechtsbruch durch die russische Armee 2014 in keiner Weise kommentierte, geriet die Ukrainische Orthodoxe Kirche in eine öffentliche Sackgasse, da die Kirchenleitung sich weder kritisch gegenüber Moskau noch illoyal gegenüber dem eigenen Land verhalten wollte. Metropolit Onufrij zog sich fast vollständig von öffentlichen Auftritten zurück. Der selbsternannte Patriarch Filaret sowie alle anderen Religionsgemeinschaften der Ukraine nahmen eine deutliche proukrainische Haltung ein und verurteilten den russischen Angriff. Es kam in den Monaten nach der Annexion der Krim im März 2014 mehrfach zu Übergriffen auf Kirchen und Gemeinden der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, und der Vorwurf, die Kirche vertrete die Interessen des Aggressorstaates, verbreitete sich zusehends auch

11 Zur konfessionellen Situation in der Ukraine nach 2014 siehe das Themenheft von RGOW 2/2015: Nach dem Majdan – Religionsgemeinschaften in der Ukraine; Bremer/Krawchuk, Churches in the Ukrainian Crisis; Clark/Vovk, Religion During the Russian Ukrainian Conflict.

12 Commission for Social Service, Ukraine – Our common home.

in rechtlichen Debatten: So sollte der Ukrainischen Orthodoxen Kirche der Zugang zur Soldatenseelsorge verboten werden. Es wurden Gesetze diskutiert, die die Kirche zwingen sollten, ihre Zugehörigkeit zu Russland im Namen erkennbar zu machen. Viele dieser Vorhaben sollten schließlich 2023 im Angesicht des erklärten russischen Vernichtungskrieges umgesetzt werden.

2018 begann der damalige Präsident Petro Poroschenko seinen Wahlkampf mit der Losung »Armee, Sprache, Glaube« und forcierte damit die Politisierung der Kirchen und ein exklusives Verständnis ukrainischer Orthodoxie. Der Kampf um die Identität der Orthodoxie als ukrainisch oder russisch spiegelt den Krieg und seine zivilisatorische Dimension wider. Eine Trennung der politischen und der kirchlichen Sphäre, die es den Kirchen ermöglichen würde, unabhängig vom politischen Tagesgeschehen eine Annäherung zu suchen und damit auch eine befriedende Wirkung auf die Gesellschaft auszuüben, wird durch die enge Verknüpfung von Staat und Kirche in der byzantinischen Tradition erschwert. So wurden die Kirchen instrumentalisierbar für den politischen Kampf um die Ukraine, und gegenseitige Vorwürfe werden auf die Kriegspropaganda übertragen.

Seit 2019 wuchsen die Spannungen zwischen den beiden Kirchen in der Ukraine, obwohl sich die neue politische Führung unter Wolodymyr Zelensky aus jeglicher politischen Manipulation der Kirchenfrage zurückzog. Die Kirchen hatten die Gelegenheit, sich politisch frei mit den Anfragen der inzwischen starken ukrainischen Zivilgesellschaft zu befassen und so auch eigenständige sozioethische Positionen zu finden, wie es etwa die Friedensstrategie von 2017 oder die Diskussionen um häusliche Gewalt andeuteten.¹³ Gleichzeitig spitzten sich jedoch die Debatten um die »wahre« ukrainische Kirche zu. Es kam zu gewaltsamen Übergriffen, lokaler administrativer Vorteilsnahme und einer gezielten (Des-)Informationskampagne unter dem Motto der »staatlichen Verfolgung von Christen«.¹⁴ Diese Darstellung einer angeblichen staatlichen Verfolgung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche wurde zu einem entscheidenden Element der russischen Kriegsideologie, da sich die Russische Orthodoxe Kirche gemeinsam mit Russland als Schutzmacht des gemeinsamen zivilisatorischen Raumes positionierte und somit im Recht sah, auch militärisch eingreifen zu können. Auch angesichts der gesellschaftlichen Krise in Belarus und dem öffentlichen Protest orthodoxer Gläubiger gegen den repres-

13 Elsner, Ukrainian Churches.

14 Elsner, Religionsfreiheit in der Ukraine.

siven Staat im Sommer 2020 verstärkte die Russische Orthodoxe Kirche ihre Rhetorik des gemeinsamen zivilisatorischen Raumes.

Die Politisierung der Kirchenfrage hat mit Blick auf friedensethische Diskurse in der Ukraine seit der Unabhängigkeit vor allem verengend gewirkt. Geprägt durch das byzantinisch-russisch-sowjetische Modell der engen Bindung von kirchlicher und staatlicher Identität waren die orthodoxen Kirchen trotz einer starken Zivilgesellschaft und einer relativen religionspolitischen Neutralität des Staates immer wieder empfänglich für politische Manipulationen und konnten sich nie dauerhaft auf eine unabhängige ethische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und den politischen Strukturen einlassen. Russlands Krieg gegen die Ukraine mit ausdrücklichen religiösen Referenzen hat diese Tendenzen verstärkt.

Kriegstheologie und friedensethische Irritationen

Es ist bisher deutlich geworden, dass die Orthodoxie in Osteuropa seit Jahrhunderten von einem starken Bezug auf das jeweilige Herrschaftssystem geprägt ist, der bis zum Ende der Sowjetunion nie grundsätzlich und längerfristig in Frage gestellt wurde. Diese enge Verzahnung mit der Politik hat auch dazu geführt, dass es offiziell theologisch nie unabhängige, zu aktuellen politischen Entwicklungen distanzierte Positionierungen gab. Das heißt nicht, dass es solche Positionierungen nicht grundsätzlich geben würde. Allerdings haben sie in der gesamten Geschichte der russischen Orthodoxie keine Wirkmacht innerhalb des offiziellen kirchlichen Diskurses erlangen können, wodurch sie das etablierte Machtgefüge in Frage gestellt hätten. Im ökumenischen Gespräch hat allerdings die Existenz alternativer theologischer Positionen – zum Beispiel der theologischen Aufbrüche im frühen 20. Jahrhundert, im russischen Exil oder in den frühen 1990er-Jahren – bewirkt, dass man die machtvolle Exklusion dieser Theologien im offiziellen Diskurs nicht ernstnahm, sondern einer zeitweisen Politisierung der Kirchenleitung und den langsamen Transformationsprozessen der Kirche nach dem Ende der Sowjetunion zuschrieb. Nur so lässt sich erklären, warum die ökumenische Gemeinschaft durch die offene Legitimierung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine so unvorbereitet getroffen wurde.

Denn grundsätzlich ist die offene Kriegstheologie der Russischen Orthodoxen Kirchen eine konsequente Fortsetzung der bis hierher beschriebenen Politisierung. Dass es in ihrer Geschichte auch andere herrschaftskritischere

Möglichkeiten gab, Krieg und Konflikte theologisch zu begleiten, heißt, dass keine der Positionen der Russischen Orthodoxen Kirche Anspruch auf Ausschließlichkeit hat. Es bedeutet aber auch, dass die Haltung, die im aktuellen Krieg eingenommen wird, nicht nur als politische Instrumentalisierung gedeutet werden kann, sondern auch eine theologische, historisch gewachsene Legitimation für sich in Anspruch nimmt.¹⁵ Neben den territorialen Anspruch der Deutungshoheit über alle Gesellschaften der früheren Rus, unabhängig von deren völkerrechtlicher Souveränität, und neben eine unkritische Loyalität gegenüber der Kriegsführung des eigenen Staates treten so auch dezidierte theologische Argumente.

Die Russische Orthodoxe Kirche bezieht sich in ihrem Grundlegendokument zur Sozialkonzeption im Jahr 2000¹⁶ ausdrücklich auf die Lehre vom »Gerechten Krieg« und erläutert:

»Im gegenwärtigen System der internationalen Beziehungen fällt es unter Umständen schwer, die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg zu treffen. Die Grenze ist oft fließend, wenn einer oder mehrere Staaten bzw. die internationale Gemeinschaft Militäraktionen beginnen und diese mit der Notwendigkeit des Schutzes eines Volkes, das einer Aggression zum Opfer gefallen ist, begründen (vgl. XV.1). Dies berücksichtigend muß über die Frage nach der Unterstützung militärischer Handlungen seitens der Kirche für jeden einzelnen Fall, in dem solche bereits begonnen haben bzw. drohen zu beginnen, entschieden werden.«¹⁷

Mit den Leitlinien des »Gerechten Krieges« im Hintergrund sind Kriege als gerecht einzustufen, die der Verteidigung gegen äußere Bedrohungen und das Böse dienen. Soldaten, die in dieser Verteidigung der Nächsten – des Vaterlands – ihr Leben geben, entsprechen danach in besonderem Maße der Aussage: »Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt.« (Joh 15,13) Obwohl die Sozialkonzeption eine direkte Unterstützung von Angriffs- oder Bürgerkriegen durch die Kirche ausdrücklich verbietet, wird der Krieg in der Ukraine so als Verteidigung der eigenen Zivilisation

15 Vgl. zu den »critical junctures« in der Theologiegeschichte der Russischen Orthodoxen Kirche: Elsner, Die Russische Orthodoxe Kirche.

16 Bischofskonzil, Grundlagen der Sozialkonzeption, dt. Übersetzung: <https://www.ka.s.de/de/web/berlin/publikationen/einzeltitel/-/content/sozialdoktrin-der-russisch-orthodoxen-kirche> (Kap. VIII: Krieg und Frieden).

17 Bischofskonzil, Grundlagen der Sozialkonzeption, VIII.3.

und das Sterben russischer Soldaten als Liebesdienst für die Nächsten bewertet und kirchlich legitimiert, da die staatliche Souveränität der Ukraine nicht anerkannt wird.

In dieser Logik ist auch konsequent, dass die russische Kirchenleitung den Krieg als Maßnahme der Befriedung ansieht, also als Wiederherstellung eines von außen zerstörten inneren Friedens der Völker der Rus bzw. als legitimen Befreiungskrieg.¹⁸ Hinter dieser Aussage steht eine Friedensvorstellung, die dem homogenisierenden Einheitsideal des orthodoxen Imperiums entspricht und seit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion in erster Linie durch ein kaum definiertes Konzept von »traditionellen Werten« inhaltlich beschrieben wird. Diese Werte werden in erster Linie durch eine scharfe Abgrenzung gegen angeblich westlichen Liberalismus, Säkularismus und Individualismus bestimmt, die den Menschen in seiner von Gott gegebenen Freiheit bedrohen würden. Die Absage an Gott durch liberale Werte wird als Kommen des Antichristen gedeutet, der spätestens an den Grenzen der Heiligen Rus jedoch aufgehalten werden soll. Am 6. Mai 2023 predigte das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, zu genau diesem Zusammenhang:

»Das Gebet gilt einer Sache – dass der Herr Russland geeint, unteilbar, stark und vor allem unabhängig und frei erhalten möge. Denn heute ist Russland, wie ich mehr als einmal gesagt habe und dafür in das Feuer der Gegner geraten bin, eine Insel der Freiheit. Erinnern wir uns daran, denn wir sind ein wirklich freies Volk. Wir verstoßen nicht auf Geheiß der Mächtigen gegen Gottes Gesetz. Für uns ist die Ehe die Verbindung von Mann und Frau. Für uns ist die Erziehung der Kinder in erster Linie sittliche Reinheit. Für uns ist die Fülle des Lebens unter anderem ein Kirchbesuch, das Gebet, die Verbindung des Geistigen mit dem Materiellen. Und all das geschieht heute in unserem Land, zu dem viele als Vorbild aufschauen, während andere, von Neid und dem Wunsch geplagt, eine für viele so attraktive Alternative zur zivilisatorischen Entwicklung zu beseitigen, alles tun, um Russland zu besiegen. Aber das wird nicht geschehen, denn Gott ist mit uns. Es wird nicht geschehen, solange unser Volk, das seine militärische und wirtschaftliche Stärke aufbaut, die Macht Gottes nicht vergisst und durch aufrichtigen Glauben und Gebet diese göttliche Macht anzieht, um uns zu helfen.«¹⁹

18 Vgl. Vasilevich, Социальная концепция РПЦ (dt.: Die Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche und die theologische Begründung des Krieges in der Ukraine).

19 Patriarch Kirill, Predigt am 6. Mai 2023.

Bereits im April 2023 sprach Kirill auch die Gefahr des Antichristen an:

»In der Tat scheint das religiöse Leben in Russland heute eine Ausnahme von einem sehr gefährlichen Trend zu sein, der die Christen im Westen erfasst hat und auch einige orthodoxe Christen betrifft. Es handelt sich dabei um die Angst vor gottlosen liberalen Werten, die oft in die staatliche Gesetzgebung einfließen und durch diese Gesetzgebung nicht nur zur Säkularisierung der Menschen beitragen, sondern auch die religiös Schwachen dazu bringen, jeden Glauben an Gott aufzugeben. Natürlich gibt es unter den Orthodoxen, und nicht nur unter den Orthodoxen, Widerstand dagegen. Aber die allgemeine Tendenz im kulturellen Leben des Westens ist tatsächlich diese. Am Anfang war das Ziel die Säkularisierung, d.h. die Trennung des Heiligen, des Religiösen, vom Weltlichen, und jetzt geht es zweifellos darum, die Rolle des religiösen Faktors zu verringern und seinen Einfluss auf das Leben der Menschen zu schwächen. Und in diesem traurigen Kontext des Glaubensabfalls, vor dem uns sowohl die Heilige Schrift als auch die heiligen Väter gewarnt haben – der Glaubensabfall ist eine Abkehr von Gott, ein Verrat, eine Verleugnung von Gott –, ist unser Land und unsere Kirche eine ganz besondere Insel, wie ich sage, eine Insel der Freiheit. Wir sind wirklich frei. [...] Und wir müssen dieses Erbe schützen, indem wir den Herrn bitten, dass keine Feinde – nicht nur äußere, sondern auch innere – diese historische Entwicklung unseres Landes und unserer Kirche erschüttern mögen. Deshalb ist es die besondere Verantwortung von uns allen, meine Lieben, orthodoxe Christen, der Episkopat, der Klerus und das ganze gläubige Volk, unser Land vor allem Bösen zu schützen durch unsere Gebete und gewissenhafte Teilnahme am Leben des Vaterlandes.«²⁰

Die Darstellung der liberalen Werte des Westens als zentraler Gefahr für die Zukunft Russlands und des Christentums an sich ist keinesfalls neu. Neben dem im orthodoxen Denken traditionsreichen »Anti-Westernismus«²¹ hat Patriarch Kirill bereits 2000, also noch als Metropolit und Vorsitzender des kirchlichen Außenamts, sein Feindbild der liberalen Werte programmatisch formuliert:

»Der Grundwiderspruch unserer Epoche und gleichzeitig die größte Herausforderung für die menschliche Gemeinschaft im 21. Jahrhundert ist die Konfrontation zwischen liberalen zivilisatorischen Standards einerseits und

20 Patriarch Kirill, Predigt am 18. April 2023.

21 Bremer, Der »Westen«.

den Werten der nationalen kulturellen und religiösen Identität andererseits. [...] Wenn die liberale Ideologie als Auslöser für die Enthemmung und Freisetzung schädlicher Begierden dient, wenn sie eine Explosion des fleischlichen Prinzips provoziert und den menschlichen Egoismus in den Mittelpunkt stellt, wenn liberale Institutionen dazu dienen, das Recht auf Sünde zu legitimieren, dann ist eine Gesellschaft, die der Idee einer Lebensnorm beraubt ist, unweigerlich zum geistigen Verfall verurteilt und wird zu einem Schauplatz für das Toben dunkler Leidenschaften. [...] Die Frage, wie die Gesetzgebung, die Bildung, die Kultur, die sozialen Beziehungen und die öffentliche Moral aussehen sollen, ist die Frage, ob unsere nationale Zivilisation im kommenden Jahrhundert erhalten bleiben wird, ob sie ihren Platz in der Weltgemeinschaft der Nationen finden wird und ob wir als orthodoxe Nation überleben werden.«²²

Diese ausführlichen Zitate sollen deutlich machen, dass die Ideologie hinter dem russischen Angriffskrieg keinesfalls neu ist, sondern einen längeren Entwicklungsweg hat, der auch in den ökumenischen friedensethischen Debatten hätte wahrgenommen werden können. Für die in den USA seit den 1960er-Jahren erstarkenden Vertreter:innen der »Culture Wars« waren Russland und die Russische Orthodoxe Kirche aus diesem Grund nach dem Ende der Sowjetunion ideale Kooperationspartner.²³ Im Unterschied dazu entfernte sich die Russische Orthodoxe Kirche zunehmend von den Partnern der ökumenischen Dialoge des 20. Jahrhunderts, die ihrerseits versuchten, mit einer Entpolitisierung der ökumenischen Gespräche zu den dogmatischen Kernfragen der christlichen Einheit zu finden. Friedensethische Kernfragen in den westlichen Kirchen wie die Bedeutung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit wurden von der russischen Orthodoxie als Anpassung an den säkularen Geist liberaler Staaten abgewertet, sodass ein substanzielles friedensethisches Gespräch nicht mehr stattfinden konnte.

22 Metropolit Kirill, *Норма веры как норма жизни* (dt.: Norm des Glaubens als Norm des Lebens).

23 Vgl. Stoeckl/Uzlaner, *The Moralists International*.

Ausblick

Die gewaltsame Eskalation durch Russlands Angriffskrieg ist vor dem Hintergrund des Dargestellten eine dramatische Militarisierung der bis dahin eher durch strukturelle Gewalt charakterisierten »Culture Wars« rechtschristlicher Bewegungen, die nur durch die enge Verzahnung von russischem Staat und Russischer Orthodoxer Kirche und damit einem Zugriff auf das staatliche Gewaltmonopol so realisierbar war. Sie ist jedoch gleichzeitig keinesfalls unvorhersehbar oder überraschend gewesen und sollte darum auch eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Radikalisierungspotential der konservativen Werteagenda in anderen (kirchlichen) Kontexten auslösen.

Ein genauerer Blick auf die Ukraine (oder auch auf Belarus) kann dabei helfen, nicht nur den orthodoxen Raum Osteuropa in der Ökumene und der Friedensethik von der russischen Vereinnahmung zu entkolonialisieren, sondern auch einen differenzierten Zugang zur Orthodoxie als »zweitem Lungenflügel« zu finden. In dem kurzen Zeitraum zwischen der Anerkennung der Orthodoxen Kirche der Ukraine als kanonischer autokephaler Kirche 2019 und dem offenen Angriffskrieg Russlands 2022 haben sich Möglichkeiten der Verständigung zwischen den Kirchen und auch mit der aktiven Zivilgesellschaft gezeigt, die auf einen potentiellen Abschied vom byzantinischen Staat-Kirche-Modell hinweisen. Besonders die durch drei erfolgreiche Revolutionen (1990, 2004 und 2014) gestärkte und selbstbewusste Zivilgesellschaft hat deutlich gemacht, dass sie die Kirchen als solidarische Partner in der gesellschaftlichen Emanzipation schätzt, sich jedoch nicht durch exklusive Identitätsnarrative oder einseitige (konservative) Zuschreibungen in den europäischen Integrationsdiskursen bevormundet sehen will. Die Kirchen müssen darauf mit der Zeit neue Antworten finden und der Gesellschaft glaubwürdige Angebote für eine tragfähige Zukunft machen. Die Debatte um den Umgang mit häuslicher Gewalt zeigt in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Offenheit der Kirchen, sich auf neue Impulse einzulassen.²⁴

Russlands Krieg hat diese Anfänge zunächst gebremst und wird, je länger der Krieg andauert, auch zu rückläufigen Entwicklungen führen. Denn das Kriegsrecht und die massive russische Propaganda, die vor allem die religiöse Situation in der Ukraine für die eigene Ideologie vereinnahmt, führen zu einer zunehmenden Polarisierung innerhalb der ukrainischen kirchlichen Landschaft und einem verschärften Freund-Feind-Denken. Seit Dezem-

24 Vgl. Kalenychenko, Domestic Violence in Ukraine.

ber 2022 spricht man auch in der Ukraine von »spiritueller Unabhängigkeit«, was eine extreme Verengung des bisher sehr offenen Umgangs mit religiöser Vielfalt unterstreicht. Differenzierte Diskurse, vor allem auf dem Gebiet der Friedensethik, sind in dieser Situation nicht möglich. Allerdings könnte eine verstärkte Einbeziehung der ukrainischen Kirchen in die westlichen ökumenischen und friedensethischen Diskurse nicht nur die ukrainische Orthodoxie unterstützen, eine Offenheit für vielfältige theologische und gesellschaftliche Themen zu pflegen. Vor allem könnten die westlichen ökumenischen Gemeinschaften einen neuen Zugang zur Orthodoxie in Osteuropa mit ihren komplexen historischen und theologischen Entwicklungen jenseits des russisch-sowjetischen Paradigmas finden. Für das Bild von den »zwei Lungenflügeln« wäre dies genauso notwendig wie für eine konsequente ökumenische Friedensethik.

Literatur

- Besl, Marco/Oelke, Simone (Hg.), Politische Macht und orthodoxer Glaube. Beziehungen zwischen Politik und Religion in Osteuropa, Regensburg 2023.
- Bremer, Thomas, Der »Westen« als Feindbild im theologisch-philosophischen Diskurs der Orthodoxie, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. v. Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 19.3.2012, <https://www.ieg-ego.eu/bremert-2012-de>
- Bremer, Thomas, Kreuz und Kreml: Geschichte der orthodoxen Kirche in Russland. Freiburg, 2016.
- Bremer, Thomas/Krawchuk, Andrii (Hg.), Churches in the Ukrainian Crisis, London 2016.
- Clark, Elizabeth/Vovk, Dmytro (Hg.), Religion During the Russian Ukrainian Conflict, London 2020.
- Demacopoulos, George E./Papanikolaou, Aristotle (Hg.), Christianity, Democracy and the Shadow of Constantine, New York 2017.
- Denysenko, Nicholas, The Orthodox Church in Ukraine: A Century of Separation, DeKalb 2018.
- Elsner, Regina, Autokephalie der ukrainischen Orthodoxie. Die Politisierung der Kirchen im postsowjetischen Raum, in: Besl, Oelke (Hg.), Politische Macht und orthodoxer Glaube, 53–68.

- Elsner, Regina, *Die Russische Orthodoxe Kirche vor der Herausforderung Moderne. Historische Wegmarken und theologische Optionen im Spannungsfeld zwischen Vielfalt und Einheit*, Würzburg 2018.
- Elsner, Regina, Religionsfreiheit in der Ukraine: Ein Menschenrecht als Instrument der Kriegspropaganda, in: *Kirche und Recht (KuR)*, Bd. 28, Heft 1 (2022), 1–14, <https://biblioscout.net/article/10.35998/kur-2022-0001>
- Elsner, Regina, Searching for Social Ethics, in: *Blog Public Orthodoxy*, 3.4.2019, Searching for Social Ethics – Public Orthodoxy
- Elsner, Regina, Ukrainian Churches and the Implementation of the Istanbul Convention in Ukraine: Being Europe Without Accepting »Gender«, in: *The Review of Faith & International Affairs* 20(3), 2022, 63–76, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/15570274.2022.2111797>
- Hovorun, Cyril, Ethnophyletism, Phyletism and the Pan-Orthodox Council, in: *The Wheel*, 12, 2018, 62–67.
- Kalenychenko, Tetiana, Domestic Violence in Ukraine: What Role for Religious Leaders?, in: *ZOIS Spotlight* 5/2021, 10.2.2021, <https://www.zois-berlin.de/en/publications/domestic-violence-in-ukraine-what-role-for-religious-leaders>
- Kalkandijeva, Daniela, *The Russian Orthodox Church 1917–1948: From Decline to Resurrection*, London 2014, <https://doi.org/10.4324/9781315765549>
- Leppin, Hartmut, Die Anfänge der Rede von der Symphonie von Staat und Kirche in den östlichen Kirchen, in: *Besl/Oelke (Hg.)*, *Politische Macht und orthodoxer Glaube*, 17–30.
- Metropolit Filaret, Eine orthodoxe Stimme zum Konzept des »kanonischen Territoriums«, in: *Ost-West. Europäische Perspektiven (OWEP)*, Heft 4, 2002, 294–300, <https://www.owep.de/artikel/142-eine-orthodoxe-stimme-e-zum-konzept-des-kanonischen-territoriums-diskussion>
- Patriarch Kirill (Gundjaev), Predigt am 18. April 2023, <https://www.patriarchia.ru/db/text/6020342.html>
- Patriarch Kirill (Gundjaev), Predigt am 6. Mai 2023, <https://www.patriarchia.ru/db/text/6024963.html>
- Patriarch Kirill (Gundjaev), Норма веры как норма жизни. (dt.: Norm des Glaubens als Norm des Lebens), https://www.ng.ru/ideas/2000-02-16/8_norma.html
- Religion und Gesellschaft in Ost und West 2/2015: Nach dem Majdan – Religionsgemeinschaften in der Ukraine.
- Skedros, James C., »You Cannot Have a Church Without an Empire«: Political Orthodoxy in Byzantium, in: *Demacopoulos/Papanikolaou (Hg.)*, *Chris-*

- tianity, Democracy, and the Shadow of Constantine, 219–231, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9780823274222-012/html?lang=en>
- Stoeckl, Kristina/Uzlaner, Dmitry, *The Moralists International. Russia in the Global Culture Wars*, New York 2022.
- Vasilevich, Natallia, Социальная концепция РПЦ и богословское обоснование войны в Украине. (dt.: Die Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche und die theologische Begründung des Krieges in der Ukraine), *Blog Christians Against War*, 8.12.2022, <https://shaltnotkill.info/socialnaya-koncepcziya-rpcz-i-bogoslovskoe-obosnovanie-voyny-v-ukraine/>

Dokumente

- Bischofskonzil der Russischen Orthodoxen Kirche, Grundlagen der Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche, August 2000; dt. Übersetzung: <https://www.kas.de/de/web/berlin/publikationen/einzeltitel/-/content/sozialdoktrin-der-russisch-orthodoxen-kirche>
- Commission for Social Service under the Ukrainian Council of Churches and Religious Organizations, Ukraine – Our common home. Strategy for participation of Ukrainian religious organizations in the peacebuilding process, <https://vrciro.org.ua/en/documents/uccro-peacebuilding-strategy-ukraine>